

Punkt 2:

**Antrag der SPD-Fraktion vom 16. Juli 2009 zur Selbstverpflichtung des Kreises auf Einsparungen von rd. 5,2 Mio. € zusätzlich zu den Haushaltsansätzen 2009 und den Festlegungen des beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzeptes
Vorlage: 16-1465**

Erster Kreisbeigeordneter Metz informierte auf Bitte von Abgeordnetem Kaltwasser näher über die mit der Aufsichtsbehörde am Tag nach der Kreistagssitzung vom 6. Juli 2009 geführten Gespräche darüber, ob und wie die geforderte Kreisumlagerhöhung und damit die rückwirkende Belastung der kreisangehörigen Kommunen für das laufende Haushaltsjahr zu diesem Zeitpunkt noch abgewendet werden könne. Dabei seien seitens des Regierungspräsidenten für dieses Jahr die bekannte Umlagenerhöhung um 2 Prozentpunkte und für 2011 eine weitere um 2 Prozentpunkte und seitens des Kreises, um die diesjährige Erhöhung zu verhindern, für 2010 eine solche um 3,5 Prozentpunkte in den Raum gestellt worden. Letztlich habe es an der Bereitschaft der Aufsichtsbehörde gefehlt, auf die Umlagenerhöhung in diesem Jahr zu verzichten. Seiner Betrachtung der aktuellen Situation und der Formulierung in der Pressemeldung des Regierungspräsidiums nach, wonach eine Umlagenerhöhung in 2010 die Kommunen vor erhebliche finanzielle Probleme stellen würde, müsse im nächsten Jahr mit keiner weiteren Umlagenerhöhung gerechnet werden. Allerdings sei er, auf Einwendungen von Abgeordnetem Dr. Greif eingehend, nicht der Interpret der Verlautbarungen des Regierungspräsidenten. Im weiteren Verlauf der Aussprache unterstrich er den nahezu einmütig im Kreistagspräsidium zustande gekommenen Verzicht auf Klageerhebung gegen die Anordnung des Regierungspräsidenten wegen mangelnder Erfolgsaussichten.

Abgeordneter Ruoff zeigte sich verwundert über das Verhalten des Kreises, hätte mit der Akzeptanz einer Umlagenerhöhung in diesem Jahr doch auch eine solche in 2010 verhindert und die weitere Entwicklung für 2011 abgewartet und gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden können. Auch Abgeordneter Dr. Greif bedauerte persönlich, dass mit einem Klageverzicht die Chance vertan werde, den strukturellen Problemen insbesondere der Landkreise in Hessen mit gerichtlicher Unterstützung auf den Grund zu gehen anstatt immer nur zu diskutieren.

Abgeordneter Herbert erinnerte an die Forderung seiner Fraktion in der letzten Ausschusssitzung, in die anstehenden Gespräche mit der Aufsichtsbehörde mit weitergehenden konstruktiven Vorschlägen und Einsparpotenzialen zur Verbesserung der Haushaltssituation des Kreises im Umfang der durch die Hebesatzerhöhung verursachten Mehrbelastungen der Städte und Gemeinden zu gehen. Dies gelte nach wie vor auch für die jetzige Situation. Im Verlauf der teils kontroversen Aussprache unterstrich er unter Hinweis auf die kommunalverfassungsrechtlichen Bestimmungen die Zuständigkeit der Verwaltung und des Kreisausschusses (und damit der in diesem vertretenen Mehrheit) für die Erarbeitung und Unterbreitung von Einsparvorschlägen in Vorbereitung der vom Kreistag zu fassenden Beschlüsse.

Erster Kreisbeigeordneter Metz hielt dem die im Haushaltsvollzug 2008 bereits erzielten und im Vergleich zum Haushaltsplan für 2009 weiter erwarteten Verbesserungen von insgesamt rund 12 Mio. Euro entgegen. Im Ausblick auf die kommenden Jahre werde eine Reduzierung des Zuschussbedarfs der Gebäudewirtschaft für die Unterhaltung der Schulen von rund 15 Mio. Euro für die Jahre 2010 bis 2012 und aus der Evaluation des Sozialhaushaltes einschließlich des Eigenbetriebs Neue Wege Kostenreduzierungen von bis zu

5 Mio. Euro in den nächsten Jahren erwartet. Als Kosten senkend sollte sich auch das Umsteuerungskonzept im Bereich der Jugendhilfe auswirken.

Die Delegation des Kreises sei also keineswegs "mit leeren Händen" zum Regierungspräsidenten gefahren. Leider würden jedoch die sichtbaren Konsolidierungsbemühungen der kommunalen Ebene nicht zuletzt auch durch die Systematik des Länder- und des Kommunalen Finanzausgleichs konterkariert.

Abgeordneter von Hunnius erachtete es im Rahmen der Auseinandersetzung darüber, wer für Einsparungsvorschläge zuständig und verantwortlich sein sollte (Verwaltung, Kreisausschuss, Koalition, Opposition) unabhängig von den nur anderenorts zu lösenden strukturellen Problemen für erforderlich, als kurzfristig mögliche weitere Maßnahme jedes einzelne Produkt des Kreishaushalts unter die Lupe zu nehmen. Dies sei für 2010 noch leistbar. Dabei sah er alle Mitglieder des Kreistages in der Pflicht, sich über die Ausschüsse oder auch die Fraktionen mit konkreten Vorschlägen einzubringen. Nur pauschale Forderungen in den Raum zu stellen, sei dagegen "unseriös".

Abgeordneter Ruoff beschrieb es als oberstes Ziel, so schnell wie möglich die verschenkte Handlungsfreiheit für den Kreis wiederzuerlangen. Sich "in die Hand des Regierungspräsidenten zu begeben" sei schlimmer als die zweiprozentige Kreisumlagerenerhöhung. Mit den vom Kreis nicht zu verantwortenden Veränderungen der Rahmenbedingungen habe man nun einmal umzugehen. Im Bewusstsein, dass Einsparungen immer irgendjemandem "weh tun" werden, sollten aber keine Anstrengungen zu groß sein, herauszufinden, wo mögliche Einsparpotenziale lägen und ob man politisch dazu in der Lage und Willens sei, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Diese Auseinandersetzungen müssten viel früher einsetzen als die Haushaltsberatungen, um überhaupt noch Entscheidungsspielraum zu haben und nicht nur in der Verwaltung und im Kreisausschuss vorentschiedene Sachverhalte zur Kenntnis nehmen zu müssen. Insoweit müsse auch von dem nicht nur aus den Dezernenten bestehenden Kreisausschuss als Kollegialorgan und Adressat der Haushaltsverfügungen des Regierungspräsidenten mehr erwartet werden.

Die Grünen seien zu den notwendigen Diskussionen bereit, die derzeit aber leider nicht geführt würden. Das Angebot dazu müsse von der Mehrheit kommen.

Abgeordneter Fiedler nannte als Stichworte für die zu führenden Diskussionen und eine Aufgabenkritik die, wenn auch unter den gegebenen Umständen mehr "symbolhafte" Beschlussfassung des Kreistages zur Selbstverpflichtung, das Thema Draisine, die expandierenden Kosten für Öffentlichkeitsarbeit sowie die Ebenenzuordnung von Aufgaben. Darüber hinaus könne auch der Frage der Notwendigkeit zweier Entscheidungsebenen zwischen den Kommunen und dem Land nachgegangen werden. Die Zuständigkeit für Einsparvorschläge sahen auch er und Abgeordneter Kaltwasser beim Kreisausschuss.

Abgeordneter Hoch bezeichnete den Antrag der SPD-Fraktion als nicht zielführend. Allein vom Kreisausschuss Vorschläge zu erwarten, reiche nicht aus, da dieser als Verwaltungsorgan keine politischen Entscheidungen treffen können, die aber notwendigerweise getroffen werden müssten. Deshalb müssten zwangsläufig auch aus den Reihen der Kreistagsmitglieder, und zwar von allen, Einsparvorschläge erwartet werden.

Abgeordneter Kaltwasser kündigte für die nächste Kreistagssitzung zahlreiche Anfragen zu Produkten des Kreishaushalts an. Nach deren Beantwortung behalte man sich gegebenenfalls konkrete Anträge vor.

Abgeordneter Kunkel übte unter Hinweis auf die heute angesprochenen Aspekte, wie auch

in der letzten Bürgermeisterdienstversammlung im Hinblick auf eine notwendige Strukturreformdebatte deutlich geworden sei, Kritik daran, dass der Regierungspräsident keine gestaltende, sondern lediglich verwaltende Haltung einnehme.

Weiter wies er die im Verlauf der Aussprache erneut laut gewordene Kritik am Draisinenprojekt zurück. Eine Erhaltung und Herrichtung der Bahnstrecke für den ÖPNV käme weit teurer als dieses, für den Tourismus ebenso wie die Wirtschaftsförderung wichtige Projekt und sei nicht bezahlbar. Eine Verpflichtung der DB zum Erhalt der Strecke sei ebenfalls undenkbar.

Erster Kreisbeigeordneter Metz unterstrich noch einmal die Ergebnisse der Einsparungsbemühungen des Kreisausschusses im einzelnen, wobei durchaus auch nicht vergessen werde sollte, dass aufgrund der in den vergangenen Jahren gleich bleibenden Kreisumlage über 30 Mio. Euro mehr in den Kassen der Städte und Gemeinden geblieben seien. Die strukturelle Unterfinanzierung der Landkreise in Hessen und die damit verbundenen Probleme bekämen aber nun, nachdem 15 von 22 Kreisen defizitäre Haushalte verzeichneten, besonderes Gewicht, weshalb auch politische Argumentationen in der Interessensvertretung gegenüber Land und Bund unverzichtbar seien.

In der kreisinternen Diskussion sollte das Hauptaugenmerk jetzt nicht auf Randthemen, sondern bei den Kernthemen liegen. Die offene Diskussion müsse auch bei Mehrkosten verursachenden Themen und Anliegen ansetzen. Im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2010 werde der Kreisausschuss alle Einzelpositionen einer intensiven Prüfung unterziehen.

Im Übergang von der abstrakten zur konkreten Ebene biete er ausdrücklich die gute Zusammenarbeit der Verwaltung und des Kreisausschusses an. Auf Bitte von Abgeordnetem Kaltwasser sagte er die Überlassung einer Kopie des bis 30. Oktober von der Aufsichtbehörde erwarteten Berichts zu.

Vorsitzender Schneider sah es abschließend für den Ausschuss als Hauptaufgabe an, den nächsten Haushaltsplanentwurf des Kreises unter Aufbringung des dafür benötigten Zeitaufwandes (ganztags oder mehrere Tage) und Zugrundelegung der heute angesprochenen Aspekte Produkt für Produkt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen (in Bezug auf Einnahmen und Ausgaben, Produktdefinitionen, Leistungsstandards, gesetzliche und freiwillige Aufgaben, Aufgabenkritik im Hinblick auf vom Kreises unbedingt oder nicht unbedingt zu leistende Aufgaben).

Seiner Frage, ob in Anbetracht dieses zusammenfassenden Ergebnisses über den vorliegenden Antrag abgestimmt werden solle, wurde von den Vertretern der Antragstellerin bejaht.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16. Juli 2009 mit folgendem Wortlaut:

"Der Kreisausschuss wird aufgefordert, einen Beschlussvorschlag für die nächste Kreistagssitzung vorzubereiten mit folgendem Inhalt:

'Selbstverpflichtung des Kreises Bergstraße

Da die Städte und Gemeinden aufgrund der finanziellen Schieflage des Kreises mitten im Jahr zur Kasse gebeten werden, verpflichtet sich der Kreis zusätzlich zu den geplanten Sparmaßnahmen des beschlossenen Konsolidierungskonzeptes in diesem Jahr in der gleichen Höhe (rund 5,2 Millionen Euro) Einsparungen vorzunehmen."

wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

4 Jastimmen, 8 Neinstimmen.

